

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:
Fritz Kersch
Druck u. Verlag: Auer-Verlag
u. Verlagsbuchhandlung m. b. H.
Hans Kerschmann & Co.
Erzgebirgische Zeitung
Jenastraße 21, 22

Abonnementpreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 2,00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1,50 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 4,50 Mark, monatlich 1,50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsabnehmer und Anzeigenkunden, sowie alle Postbehörden und Briefträger nehmen Zahlungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Fahrgespaltene Zeitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 20 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf., Restspaltenzeile 2.— Mark. Bei größeren Abzählungen entsprechende Rabatte. Anzeigenannahme bis 1/2 Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufträge der Anzeigen durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 217.

Freitag, den 16. September 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die neuen Steuergesetze werden im Reichsrat im Laufe dieser Woche beraten werden und dem Reichstag bei seinem Wiedergesamtenritt am 27. September bestimmt vorliegen.

Der Reichspräsident empfing gestern nachmittag die sozialdemokratischen Führer zu einer Aussprache über die politische Lage. Mit der Frage der Devisenbeschaffung stand die Besprechung nicht im Zusammenhang.

In diesen Tagen ist eine Bulle von Rom abgegangen, nach der die Bezirke Eupen und Malmedy zu einem Bistum erhoben werden, dessen Verwaltung dem Bischof von Lüttich übertragen wird.

Die internationale Hilfskommission für Rußland ist gestern nachmittag am Quai d'Orsay zusammengetreten. Alle französischen Mitglieder sollen die Absicht haben, der Kommission die Aufsicht und Einstellung der Arbeiten vorzuschlagen.

Die Reichsfinanzen.

W.W. Im Reichsanzeiger werden Einzelheiten über die Einnahmen des Reiches in den ersten vier Monaten des Haushaltsjahres 1921/22 bekannt gegeben. Danach beträgt das Gesamteinkommen 22,9 Milliarden Mark. Der Voranschlag rechnet für das ganze Haushaltsjahr mit einem Einkommen von 43,3 Milliarden Mark. Wenn die Bewegung der Reicheinnahmen für das ganze Jahr gleichmäßig so anhält wie in den ersten vier Monaten, so ist mit einem Gesamteinkommen von 70 Milliarden Mark zu rechnen. Das würde den Voranschlag um 26,7 Milliarden Mark überschreiten, also eine günstige Entwicklung darstellen. Indessen nur scheinbar. Der Mehrertrag ist ein Ergebnis der Geldentwertung, also nicht etwa der gewachsenen Wirtschaft und Steuerkraft des deutschen Volkes. Den scheinbar gestiegenen Einnahmen stehen deshalb um so höhere Ausgaben gegenüber. Das geht auch aus dem unheimlichen Anschwellen der schwebenden Schuld hervor. Diese hat am 1. August 1921 rund 219 Milliarden Mark erreicht, worunter allein schon für 202,7 Milliarden Mark diskontierte Schatzanweisungen sind. Das Problem ist es nun, wie es das Reich fertig bringen soll, diese schwebende Schuld abzubauen. Sie in feste Anleihen zu verwandeln, ist leicht gesagt, aber schwer getan. Gelingt den Fall, daß es gelänge, die gesamten Schulden des Reiches einheitlich zu befristigen, so würde heute schon eine Gesamtschuldsumme von 330 Milliarden Mark herauskommen. Zur Verzinsung und Abzahlung wären allein jährlich 20 Milliarden Mark erforderlich. Jedoch läßt sich bei der Zettelwirtschaft eine solche Befristung gar nicht durchführen. So muß sich das Reich also weiter selbst Kredit gewähren und solchen auf dem Geldmarkt nachsuchen. Auf die Dauer ist dieser Zustand untraglich. Es geht nicht an, den Reichshaushaltetat dadurch auszugleichen, daß einfach neue schwebende Schulden aufgenommen werden. Der Reichszentralbank will ja dieser Wirtschaft ein Ende machen. Dem Zweck sollen auch die neuen Steuern dienen, deren Ertrag indessen ganz ungewiß ist. So lange sich der Prozeß der Geldentwertung fortsetzt, hat jeder Haushaltsvoranschlag nur Papierwert. Denn zum Schluß des Haushaltsjahres muß der Bedarf unverhältnismäßig viel höher sein, als vorheranschlagt wurde. An diesem Uebel frant unsere Finanzwirtschaft seit drei Jahren. Und deshalb will es auch nicht gelingen, Ordnung im Reichshaushalt zu schaffen und das Gleichgewicht zwischen wirklichen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Auch die neuen Steuern werden das nicht ändern, weil sie in der Ertragsberechnung auf der Zettelwirtschaft fußen, also mit Werten umgehen, die ständig im Fluß sind. Zu dem Bedarf des Reiches kommt dann noch die Wiederherstellungslast. Auch sie läßt sich in die schwankenden Finanzen des Reiches nicht einordnen, weil sie überhaupt keinen festen Wert- und Rechnungsmastab besitzen. Sehr wenig erfreulich haben sich die Einnahmen der Reichseisenbahnen entwickelt. In den ersten vier Monaten, d. h. vom 1. April bis 31. Juli sind 8 Milliarden Mark hereingekommen, während es nach dem Voranschlag mindestens 9 Milliarden hätten sein müssen. Das Mißverhältnis wird sich durch die am 1. September eingetretene Erhöhung der Gehälter und Löhne sowie die am 1. Oktober in Aussicht genommene Heraushebung der weitdeutschen Kohlenpreise um 21 Mark die Tonne steigern und auch durch die geplante Heraushebung der Tarife nicht erheblich bessern lassen.

Schmählicher Vertragsbruch der Entente.

Deutschland hat alle Bedingungen erfüllt, trotzdem Fortdauer der Sanktionen. W. I. B. verbreitet folgende, ganz offenbar aus der Reichsregierung hervorgegangene Ausführungen: Nach der letzten Mitteilung des Obersten Rates vom 14. August war die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen für den 15. September ins Auge gefaßt, wenn bis zum 31. August die fällige Goldmilliarde bezahlt sei, und wenn die deutsche Regierung ihre Einwilligung zur Schaffung eines internationalen Organs zur Vermeidung von Diskriminationen bei der Verteilung von Ausfuhr- und Einfuhrerzeugnissen für das besetzte Gebiet erteilt hätte.

Die deutsche Regierung hat die fällige Zahlung geleistet und ihre grundsätzliche Einwilligung zur Schaffung eines internationalen Organs zur Vermeidung von Diskriminationen in ihrer Note vom 26. August ausgesprochen. Eine Antwort ist ihr bisher darauf nicht erteilt worden (1). Die schweren wirtschaftlichen Folgen, welche das Wirtschaftleben nicht nur des besetzten Gebietes, sondern ganz Deutschlands durch das Festhalten der von den Alliierten durch ihre Ankündigung erwiderten Hoffnungen erleidet, können nicht der deutschen Regierung zur Last gelegt werden, sondern müssen von den alliierten Regierungen verantwortet werden.

Schon aus dem Umstande, daß bis Mittwoch der deutschen Reichsregierung noch keine Antwort auf ihre Note zugegangen war, konnte geschlossen werden, daß die Alliierten ihr Versprechen, wenigstens die wirtschaftlichen Strafmaßnahmen zum 15. September außer Kraft zu setzen, nicht erfüllen würden. Dieses Versprechen war, wie man sich erinnert, am 12. August in einem Beschlusse des Obersten Rates gegeben worden für den Fall, daß Deutschland seiner Verpflichtung, bis zum 31. August eine Goldmilliarde zu bezahlen, pünktlich nachkomme. Diese Bedingung hat Deutschland unter schweren Opfern für seine Wirtschaft lückenlos erfüllt, und es hat unter Berufung hierauf in einer Note nicht allein die Aufhebung der wirtschaftlichen, sondern auch die möglichst baldige Zurücknahme der militärischen Sanktionen verlangt. Auf diese Note ist, wie gesagt, bisher noch keine Antwort erteilt worden. Die Entente suchte vielmehr die Erfüllung ihres Versprechens hinauszuzögern, indem sie den von privater Seite in Deutschland propagierten Boykott der Waren der alliierten Länder zum Vorwand nahm, um Verhandlungen über die künftige Regelung des Handelsverkehrs im Rheinland einzuleiten, in denen sie für Deutschland unannehmbare Forderungen stellte. Unter diesen Umständen konnte natürlich eine Vereinbarung nicht zustande kommen, und dies scheint nun für die Alliierten ein willkommener Vorwand zu sein, die versprochene Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen nicht zu bewerkstelligen. Dieses Verfahren bedeutet einen glatten Wortbruch; denn die am 12. August gegebene Zusage war an keine andere Bedingung geknüpft als an die pünktliche Bezahlung der Goldmilliarde. Ob tatsächlich, wie das Journal behauptet, bereits ein formeller Beschluß der Alliierten vorliegt, die wirtschaftlichen Sanktionen beizubehalten, bis Deutschland Vernunft angenommen hat, mag hingestellt bleiben. Angeht es der Tatsache, daß gestern am 15. September, die Rücknahme der wirtschaftlichen Sanktionen tatsächlich nicht erfolgt ist. Gegen diesen Bruch eines in aller Form gegebenen Versprechens wird die deutsche Regierung schärfsten Protest erheben müssen, zumal schon die Verhängung der Sanktionen im Grunde nichts weiter war als ein Akt brutaler Erpressung.

Die Devisenbeschaffung für die Reparationsleistungen.

Wirkung der Industrie und der Banken. Am Mittwoch haben in der Reichszentralbank Besprechungen zwischen dem Reichszentralbankdirektor Dr. Wirth und hervorragenden Vertretern der deutschen Industrie und der Bankwelt stattgefunden. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Besprechungen dem Problem gegolten haben, wie dem Reiche für die künftigen Reparationsleistungen Gold und Devisen in ausreichendem Maße beschafft werden können, durch die die Zahlungen zu den festgesetzten Terminen sichergestellt werden. In den Besprechungen, die nicht völlig abgeschlossen sind, haben sich die Vertreter der Industrie und Großbanken bereit erklärt, mit Hilfe ihres Devisenbesitzes und der Inanspruchnahme ihres Auslandkredits durch Belastung von Sachwerten dem Reiche Goldwerte zu verschaffen. Die Reichsregierung würde dadurch, daß sie mehrere Milliarden in Gold auf diesem Wege zur Verfügung bekommen würde, nicht nur in der Lage sein, den nächsten Terminen der Reparationsleistungen ohne Sorge entgegenzutreten, sondern auch dem durch die Devisenspekulation in den letzten Tagen stark gesunkenen Kurs der Mark wieder zu heben. In den fortgesetzten Verhandlungen soll die schwierige Frage der Kursfestsetzung einer Lösung zugeführt werden. Es ist selbstverständlich, daß die Beschaffung von mehreren Milliarden Gold durch die Industrie und die Banken auf dem Wege der Belastung ihrer Sachwerte nicht nur ohne Einwirkung bleiben kann auf die Gestaltung der Steuervorlagen, insbesondere hinsichtlich der Erfassung der Goldwerte. In den Steuergesetzen wird auf diese Leistungen der Industrie und der Banken Rücksicht genommen werden müssen. In engem Zusammenhang damit steht wohl eine Besprechung der Führer der Sozialdemokratischen Partei beim Reichspräsidenten, die Donnerstag vormittag stattgefunden hat.

Ein verschanztes Lager der Kappführer in Bayern.

Sensationelle Enthüllungen im Ueberwachungsausschuß des Reichstages. Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages ist gestern vormittag zusammengetreten. Im Verlauf der Sitzung verlas der Reichszentralbankdirektor Dr. Wirth ein Schreiben des Staatskommissars für öffentliche Ordnung, Weißmann, vom 14. September 1921. Es lautet: Seit dem Verschwinden der als Leiter beim Kapp-Putsch beteiligten gewesenen Führer haben fortgesetzt umfangreiche Ermittlungen nach deren Aufenthaltsort stattgefunden. Durch den Oberreichsanwalt

sind in dem dort anhängigen Hochverratsverfahren gegen den Oberst Bauer, Major Padst und Korvettenkapitän Erhardt Haftbefehle und Steckbriefe erlassen worden. Alle Bemühungen, der Verfolgten habhaft zu werden, sind indessen gescheitert. Bereits vor längerer Zeit, etwa im Spätsommer 1920, wurde mir vertraulich mitgeteilt, daß sich die genannten Kapp-Putschführer zumeist in Bayern aufhielten, in München und Umgebung vielfach aufgetreten seien und sogar geheime Zusammenkünfte dabei selbst abgehalten haben sollten. Bei der Bedeutung dieser Mitteilung, die ich insbesondere auch mit Rücksicht auf ihre Zuverlässigkeit belegen mußte, und in Erkenntnis der bereits damals bestehenden Schwierigkeiten eines offiziellen Verkehrs mit den zuständigen bayrischen Behörden habe ich zwei mir unterstellte Kriminalbeamte mit dem Auftrage nach Bayern entsandt, die Richtigkeit dieser Mitteilungen nachzuprüfen. Diese Beamten sind nach einigen Tagen zurückgekehrt, ohne ihren Auftrag vollständig ausführen zu können. Die Beamten haben mir berichtet, daß sich die gesuchten Personen in der Nähe Münchens verschanzt aufhalten sollten, wo sie von Männern ihrer Gefolgschaft, zum Teil sogar von aktiven bayrischen Polizeimännern, durch scharfe Bewachung geschützt würden; es sei so gut wie unmöglich, sich in ihre Schloßwinkel einzuschleichen, weil jeder, der sich näherte, mit Feuer empfangen werde. Ich habe alsdann erneut versucht, auf vertraulichem Wege einiges zu erfahren. Darauf ist mir vor kürzester Zeit wiederholt zuverlässig mitgeteilt worden, daß nach wie vor Kapitän Erhardt und auch die genannten anderen Kapp-Putschführer sich in der Umgebung Münchens aufhalten. Kapitän Erhardt geht nach diesen, mit aller Bestimmtheit gemachten Mitteilungen im Polizeipräsidium ein und aus, desgleichen steht er im Verkehr mit dem vor einigen Tagen zurückgekehrten Justizminister Roth. Der Oberst Bauer soll nach der gleichen Quelle jetzt in Budapest wohnen; auch er ist aber in letzter Zeit wiederholt in München gewesen und dort mit Kapitän Erhardt zusammengetroffen.

Organisation D

Die Verschwörung, der Erzberger zum Opfer gefallen ist, geht, wie jetzt festgestellt ist, auf einen der vielen Geheimbünde zurück, die gegenwärtig in Bayern, und zwar ausschließlich von landfremden Leuten, gegründet worden sind. Dieser Verschwörerbund, der den Eingeweihten als Organisation D bekannt war, ist durch die bereits gemeldete Verhaftung von insgesamt zehn Personen, die der Verdächtigten, Beihilfe oder Mittäterschaft an dem Morde verdächtig sind, aufgedeckt worden. Außer ihnen sind jetzt noch einige andere Personen in Gewahrsam genommen worden, bei denen erst die weitere Untersuchung ergeben muß, ob sie, wie angenommen wird, der Mißschuld verdächtig sind oder zu einem Geheimbund gehören. Zurzeit wird festgestellt, wer von den festgenommenen Personen an der Münchener Universität immatrikuliert war. So viel ist sicher, daß weder Schulz noch Tillesen eingeschriebene Mitglieder der Universität sind. Der vorgesehene verhaftete Bollinger ist in Augsburg von Kriminalbeamten aus dem Zuge geholt worden. Er besaß unter der Firma eines Holzperwertungsgeschäftes eine Dreizimmer-Wohnung und hatte München vor einigen Tagen in Begleitung von Schulz verlassen. Bei verschiedenen Hausdurchsuchungen sind sehr belastende Schriftstücke vorgefunden worden, aus denen unzweifelhaft hervorgeht, daß es sich hier um eine bis ins kleinste durchdachte Verschwörung handelt, und daß der Plan der Ermordung Erzbergers, zu dessen Ausführung Tillesen und Schulz sich bereit erklärt hatten, einer ganzen Reihe von Personen bekannt war. Ob die Verhaftungen bereits den ganzen Kreis der Verschwörer umfassen, läßt sich zur Stunde noch nicht sagen.

Kleine politische Meldungen.

Die eiligen Steuervorlagen Die Steuervorlagen der Regierung stehen unmittelbar vor ihrer Verabschiedung durch den Reichsrat. Die Reichsregierung rückt mit feinem Widerspruch im Reichsrat und wünscht unter allen Umständen, daß die Steuervorlagen dem Reichstage bei seinem Wiedergesamtenritt vorliegen, um schnellstens Gesetzkraft zu erlangen. Die Schmarozker. Nach zuverlässigen Mitteilungen haben allein die in Deutschland befindlichen verbandswirtschaftlichen Ueberwachungsstellen für unsere Reichswehr dem Deutschen Reiche an Gehältern und Verpflegungsgeldern nicht viel weniger als 200 Millionen Mark gekostet. Waisentatung und Reparation. Der Temps meldet, daß Frankreich bei den alliierten Kabinetten einen Meinungsaustausch angeregt hat über die Frage der nächsten deutschen Reparationszahlungen. Die nach der Auffassung Frankreichs durch die fortgeschreitende Entwertung des deutschen Mark gefährdet erscheint. U. S. A. oder D. S. A.? Wie es heißt, haben die zwischen den Reichssozialdemokraten und den Unabhängigen geführten Einigungsverhandlungen zu keinem Resultat geführt und sind abgebrochen worden. Wie bekannt, soll die Reichssozialdemokratie nicht mehr völlig abgewandt sein, mit der Deutschen Volkspartei zur Herstellung einer gemeinsamen Front von Scheidemann bis Stresemann in Führung zu treten. Das libidinale Europa. Colling hat eben einen Brief in London ein Interview gewährt, das Glatte wiederholt. Darin wird Colling u. a. ans: Kein europäisches Bündnis mit von dem anderen absondern, ob man will oder nicht. Europa ist sozialistisch. Es bildet ein Hindernis. Die Völker des Kontinents werden sich nur gemeinsam wieder erheben können. Die gemeinsame Erhebung ist eine unabweisbare Notwendigkeit, denn wenn sie nicht erfolgt, werden alle Völker gemeinsam Ruin und Untergang auf die Straße geschoben werden.

ngen.
steine
Freitag von
Sonnabend
kostenlos.
Ergeb.
mmunen, wie
on Aue vom
leben werden
ber bei dem
er Schulleiter)
en zu tragen
er a. c. und
er Schwarzen-
9. Mädchen-
ber Mädchen-
n. Oktober und
inen Schulen
en ausliegen.
achten
b.
die II. Bglfcl.
Bilde.
den.
Aus-
blische
3 an.
el
n s.
br.
r.
ten
Besse.
ue,
enfabrik.
ruse
iner alle
Aktien-
enst
ch t,
widmen
schmann
sch unter
Bogler.